



PRIORITY MAIL

**JUNOS**

When:  
**06.04 - 07.04.2024**



What:  
**XXIX. Bundeskongress**

Where:  
**Salzburg,  
Austria**



[JUNOS.AT/BUNDESKONGRESS](https://junos.at/bundeskongress)



# ANTRAGS BUCH



## INHALTSVERZEICHNIS

### **Anträge zu den Rechtsnormen**

Beschlussfähigkeit Landeskongress.....	3
Behandlung von Änderungsanträgen.....	4
Behandlung von Änderungsanträgen.....	5

### **Leitantrag des Bundesvorstands**

Freier Handel für freie Menschen.....	6
---------------------------------------	---

### **Programmatische Anträge zum XXVIII. Bundeskongress**

Ende der Buchpreisbindung.....	11
Mehr Privat in unserem Staat: Privatwirtschaftliche Anreize für öffentliche Bedienstete .....	13
Lasst uns statt dem Staat die Krise spüren!.....	16
Mehr Urlaub, weniger Feiertage .....	23

### **Programmatische Anträge zum XXIX. Bundeskongress**

Dem Ehrenamt wieder Ehre geben .....	24
Liberalisierung von Verwaltungsstrafen – Ersatzfreiheitsstrafen abschaffen! .....	29
Freier Übergang für freie Bürger_innen .....	31
Ein freies Europa für alle .....	33

Antragsteller:innen: Lukas Döpel, Julian Fritsch, Yousef Hasan, Sarah Sinkovits, Sophie Wotschke

## BESCHLUSSFÄHIGKEIT LANDESKONGRESS

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an den Statuten
- 2 vorzunehmen:
- 3 § 13 Abs 6 lit g wird wie folgt abgeändert:
- 4 *g. Der Landeskongress ist genau dann zum eingeladenen Termin beschlussfähig,*
- 5 *wenn zumindest 20 % der stimmberechtigten Hauptmitglieder – in jedem Fall aber*
- 6 *mehr als fünf stimmberechtigte Mitglieder – anwesend sind. Sollte dies beim*
- 7 *angekündigten Termin nicht der Fall sein, so ist der Landeskongress nach einer*
- 8 *Stunde dann beschlussfähig, wenn zumindest 10 % der stimmberechtigten*
- 9 *Hauptmitglieder anwesend sind. Kommt keine Beschlussfähigkeit zu Stande, obliegt*
- 10 *es dem Landesvorstand baldigst einen neuen Termin für den Landeskongress*
- 11 *festzulegen. Sollten 20% der stimmberechtigten Hauptmitglieder 30 Personen*
- 12 *übersteigen, ist § 7 Abs 8 sinngemäß für den Landeskongress anzuwenden.*

Antragsteller:innen: Silvio Junger, Isabell Maurer, Alexander Weyrosta, Gina Plattner, Daniel Höllmüller, Christoph Perner, Simon Galler

## BEHANDLUNG VON ÄNDERUNGSANTRÄGEN

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an der
- 2 Geschäftsordnung vorzunehmen:
- 3 In § 18. Antragsdebatte wird zwischen Absatz 4 und Absatz 5 folgender Absatz
- 4 hinzugefügt:
- 5 *(5) Ist der Steller eines Änderungsantrages zum Zeitpunkt der Präsentation des*
- 6 *Änderungsantrages nicht im Raum, so wird der Änderungsantrag nicht behandelt,*
- 7 *sofern nicht ein Geschäftsordnungsantrag nach § 19 Abs 4 lit f gestellt wird.*
- 8 In § 19. Geschäftsordnungsanträge Absatz 4 wird zwischen lit e und lit f
- 9 folgender Buchstabe hinzugefügt:
- 10 *f. Behandlung eines Änderungsantrages*
- 11 Die Nummerierung der folgenden Absätze und Buchstaben in §§ 18 und 19 wird
- 12 entsprechend angepasst.

Antragsteller:innen: Julia Deutsch, Johannes Bachleitner, Peter Berry, Ines Holzegger, Anna Stürgh

## BEHANDLUNG VON ÄNDERUNGSANTRÄGEN

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen, folgende Änderungen an der
- 2 Geschäftsordnung vorzunehmen:
- 3 Nach § 18 Abs 4 wird folgender Absatz eingefügt:
- 4 *(5) Änderungsanträge bedürfen keiner mündlichen Begründung oder Anwesenheit*
- 5 *durch den Änderungsantragsteller, um behandelt zu werden.*
- 6 Die bisherigen § 18 Abs 5 ff werden einer entsprechenden neuen fortlaufenden
- 7 Nummerierung unterzogen.

Antragsteller: Bundesvorstand

Der Bundeskongress möge beschließen:

## FREIER HANDEL FÜR FREIE MENSCHEN

1 Der Freihandel hat in Europa lange Tradition. Das erste Freihandelsabkommen  
2 wurde im Jahr 1703 zwischen England und Portugal geschlossen. Heute herrscht bei  
3 kaum einem anderen Thema unter Ökonom:innen ein so breiter Konsens wie beim  
4 Thema Freihandel. In einer Umfrage stimmten 87,5 % der amerikanischen  
5 Wirtschaftswissenschaftler:innen für eine Beseitigung von Handelshemmnissen und  
6 Zöllen<sup>1</sup>. Denn Fakt ist: Freihandelsabkommen schaffen Wohlstand, Beschäftigung  
7 und erhöhen den Lebensstandard der jeweiligen Staaten. Zusätzlich ist die  
8 internationale Vernetzung von Volkswirtschaften einer der wichtigsten Garanten  
9 für Frieden und Wirtschaftswachstum rund um den Globus. Daher sind wir JUNOS -  
10 Junge liberale NEOS glühende Verfechter:innen des Freihandels. Doch die EU  
11 bleibt in den letzten Jahren immer weiter hinter ihren Zielen zurück. Während  
12 andere Staaten immer neue Freihandelsabkommen abschließen, wie etwa NAFTA (USA,  
13 CAN & MEX) oder ASEAN China FTA, haben noch immer nicht alle EU-Staaten das  
14 Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) ratifiziert. Auch ein Freihandelsabkommen  
15 mit den MERCOSUR-Staaten wird seit 1995 verhandelt.<sup>2</sup> Anfang 2020 scheiterte es  
16 am Widerstand Österreichs, das sich damals als einziger Staat dagegen  
17 aussprach.<sup>3</sup> Diese kurzsichtige und protektionistische Wirtschaftspolitik führt  
18 zu Wohlstandsverlusten, zu höheren Preisen für Konsument:innen und bremst das  
19 Wirtschaftswachstum.

### 20 KEIN VETO BEI FREIHANDEL

21 Daher fordern wir JUNOS die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Rat bei  
22 der Ratifikation von Freihandelskommen der Europäischen Union. Stattdessen soll  
23 eine qualifizierte Mehrheit gem Art 238 (2) AEUV, also 72 % der Mitglieder des

24 Rates (20/27) die min. 65 % der Bevölkerung ausmachen, für eine Ratifikation  
25 ausreichen. So kann verhindert werden, dass einzelne Staaten die Unterzeichnung  
26 aus populistischen oder wahltaktischen Gründen verhindern können. Sollte unsere  
27 Forderung nach einer EU-Regierung umgesetzt werden, so soll diese die Kompetenz  
28 zum Aushandeln von Freihandelsabkommen haben.

29 Zudem sollen die Verhandlungen vor Freihandelsabkommen transparenter werden, um  
30 so eine größere Akzeptanz der Bürger:innen der EU zu genießen. Ein solcher  
31 Prozess ist auch essenziell, um die Wichtigkeit solcher Abkommen sichtbar zu  
32 machen. Wie das konkret aussehen soll, ist im Beschluss *Demokratisierung der*  
33 *europäischen Außenhandelspolitik*<sup>4</sup> beschrieben.

## 34 **ABBAU VON HANDELSHEMMNISSEN**

35 Zu einer Freihandelspolitik, die den Wohlstand fördert, gehört auch der Abbau  
36 tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse, insbesondere im Agrarsektor.

37 Diese Barrieren behindern den (freien) Handel mit Drittstaaten und führen zu  
38 künstlich hochgehaltenen Lebensmittelpreisen zu Gunsten der mächtigen EU-  
39 Landwirtschaftslobby.<sup>5</sup> Durch eine gezielte Senkung können wir die  
40 Wettbewerbsfähigkeit unserer Agrarproduzent:innen steigern und gleichzeitig  
41 Verbraucher:innen einen besseren Zugang zu einer vielfältigen Auswahl an  
42 qualitativ hochwertigen Produkten ermöglichen. Auch die WTO spricht sich gegen  
43 Handelshemmnisse aus und setzt sich seit ihrer Gründung 1994 für den Abbau  
44 dieser protektionistischen Maßnahmen ein. Diese Vorschriften sind durch die  
45 Mitglieder der WTO (somit auch der EU bzw ihrer MS) zu achten.<sup>6</sup>

46 *Kamerun darf Orangensaft und Schokolade zollfrei exportieren, solange der*  
47 *(finanzielle) Wert des Zuckers dieser Produkte nicht mehr als 30% beträgt. Damit*  
48 *hat Kamerun einen Vorteil gegenüber ärmeren Nachbarn wie dem Tschad oder*

49 *Nigeria. Hier berechnet die EU nicht den Wert des Zuckers im Saft oder der*  
50 *Schokolade, sondern das Gewicht.<sup>7</sup>*

51 Durch die Abschaffung eben dieser Barrieren schaffen wir nicht nur Wohlstand für  
52 die Menschen in Europa, sondern auch für Menschen in ärmeren Ländern. Es ist  
53 nicht zielführend, dass übermäßig subventionierte Lebensmittel aus der EU in  
54 manchen Regionen der Erde günstiger sind als jene aus dem eigenen Land und  
55 nachhaltig ist das erst recht nicht.

## 56 **GEISTIGES EIGENTUM WELTWEIT SCHÜTZEN**

57 Um funktionierende Freihandelsabkommen zu fördern und Produktpiraterie zu  
58 verhindern setzen wir uns für den Schutz des geistigen Eigentums weltweit ein.  
59 Eine große Hürde für europäische Unternehmen ist die zunehmende  
60 Produktpiraterie, die der europäischen Wirtschaft und der Innovation erheblich  
61 schadet. Ein effektiver Schutz des geistigen Eigentums ist nicht nur für die  
62 Innovationskraft der Europäischen Union von entscheidender Bedeutung, sondern  
63 auch für die Sicherung fairer Wettbewerbsbedingungen auf internationaler Ebene.  
64 Das soll durch einen Handelsgerichtshof, ähnlich dem Internationalen  
65 Strafgerichtshof, überwacht und notfalls auch durchgesetzt werden.

## 66 **INVESTITIONSSCHUTZ**

67 Oftmals werden Unternehmer:innen durch unsachliche Maßnahmen im nicht-  
68 europäischen Ausland benachteiligt, dies beinhaltet Eigentumsbeschränkungen,  
69 zusätzliche Abgaben oder Ausübungs- bzw. Zugangsbeschränkungen. Im Rahmen jedes  
70 Freihandelsabkommens soll auch ein Passus enthalten sein, der die getätigten  
71 Investitionen vor staatlichen Interventionen schützt. Nur so kann der Handel  
72 unter transparenten und fairen Bedingungen für alle Teilnehmer:innen des Marktes  
73 gewährleistet werden.



## 74 **SCHUTZ DER UMWELT DURCH FREIHANDELSABKOMMEN**

75 Eine wichtige Ergänzung jedes Handelsabkommens ist ein Passus betreffend eine  
76 Bepreisung von CO<sub>2</sub>, entweder in Form von Emissionshandel oder durch eine  
77 Besteuerung jeder ausgestoßene Tonne CO<sub>2</sub>. Für Länder, die keines dieser beiden  
78 Systeme implementieren, fordern wir CO<sub>2</sub>-Zölle, die Ausgleichszahlungen für das  
79 ausgestoßene CO<sub>2</sub> eines jeden importierten Produkts darstellen. Primär dient dies  
80 dazu das Klima zu schützen und einen Anreiz für nachhaltige Produktionsmethoden  
81 zu setzen. Auch ein durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung entstehender Nachteil für EU-  
82 Unternehmen soll dadurch ausgeglichen werden.<sup>8</sup>

## 83 **WOHLSTAND SCHAFFEN, FREIHANDELSABKOMMEN ABSCHLIESSEN**

84 Um den Wohlstand in der Europäischen Union auszubauen, fordern wird das  
85 Commitment für den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen. Neben einem neuen  
86 Anlauf für TTIP mit den Vereinigten Staaten, sollen auch mit den Großmächten  
87 China und Indien durch Freihandelsabkommen gemeinsame Regeln sichergestellt  
88 werden. Weiters sehen wir unter anderem große Chancen im Abschluss des EU-  
89 Mercosur-Abkommens, sowie Verhandlungen mit den ASEAN-Staaten. Dadurch können  
90 wohlstandsmindernde Handelshemmnisse abgebaut und der Wohlstand in Europa  
91 erweitert werden.

92 <sup>1</sup> Robert Whaples: *Do Economists Agree on Anything? Yes!* In: *The Economists'*  
93 *Voice*. Band 3, Nr. 9, 17. Januar 2006, ISSN1553-3832, [doi:10.2202/1553-3832.1156](https://doi.org/10.2202/1553-3832.1156)  
94 ([degruyter.com](http://degruyter.com) [abgerufen am 11. Februar 2024]).

95 <sup>2</sup> Hartmut Sangmeister: *Zwischen Zustimmung und Ablehnung: Das Handelsabkommen*  
96 *EU-Mercosur. Eine Zwischenbilanz*. Ibero-Amerikanisches Institut, Berlin 2020, S.  
97 3.

98 <sup>3</sup> [Kurz verlangt von EU-Kommission Neuverhandlung](#). In: *faz.net*. 12. Januar 2020,  
99 abgerufen am 8. März 2024

100 <sup>4</sup> [https://junos.at/beschlusslagen/demokratisierung-der-europaeischen-](https://junos.at/beschlusslagen/demokratisierung-der-europaeischen-aussenhandelspolitik/)  
101 [aussenhandelspolitik/](https://junos.at/beschlusslagen/demokratisierung-der-europaeischen-aussenhandelspolitik/) , abgerufen am 11.02.2024

102 <sup>5</sup> [https://lobbypedia.de/wiki/COPA-](https://lobbypedia.de/wiki/COPA-COGECA#:~:text=COPA%2DCOGECA%20ist%20die%20einflussreichste,in%20der%20Europ%C3%A4ischen%20Union%20bezeichnet.)  
103 [COGECA#:~:text=COPA%2DCOGECA%20ist%20die%20einflussreichste,in%20der%20Europ%C3%](https://lobbypedia.de/wiki/COPA-COGECA#:~:text=COPA%2DCOGECA%20ist%20die%20einflussreichste,in%20der%20Europ%C3%A4ischen%20Union%20bezeichnet.)  
104 [Äischen%20Union%20bezeichnet.](https://lobbypedia.de/wiki/COPA-COGECA#:~:text=COPA%2DCOGECA%20ist%20die%20einflussreichste,in%20der%20Europ%C3%A4ischen%20Union%20bezeichnet.) , abgerufen am 08.03.2024

105 <sup>6</sup> [https://web.archive.org/web/20120725021331/http://portal.wko.at/wk/dok\\_detail-](https://web.archive.org/web/20120725021331/http://portal.wko.at/wk/dok_detail-file.wk?AngID=1&DocID=614118&StID=294837)  
106 [file.wk?AngID=1&DocID=614118&StID=294837](https://web.archive.org/web/20120725021331/http://portal.wko.at/wk/dok_detail-file.wk?AngID=1&DocID=614118&StID=294837) , abgerufen am 09.03.2024

107 <sup>7</sup> [https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2018-keine-eu-zoelle-fuer-afrikas-](https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2018-keine-eu-zoelle-fuer-afrikas-exporte-ein-schwindel/)  
108 [exporte-ein-schwindel/](https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2018-keine-eu-zoelle-fuer-afrikas-exporte-ein-schwindel/) , abgerufen am 12.02.2024

109 <sup>8</sup> [https://www.freiheit.org/de/klimawandel-klimazoll-ohne-protektionismus-eine-](https://www.freiheit.org/de/klimawandel-klimazoll-ohne-protektionismus-eine-machbarkeitsanalyse)  
110 [machbarkeitsanalyse](https://www.freiheit.org/de/klimawandel-klimazoll-ohne-protektionismus-eine-machbarkeitsanalyse) Zugriff am 15.03.2024

Antragsteller: Daniel Szankovich, David Burits, Siegfried Plescher

**Der Bundeskongress möge beschließen:**

## ENDE DER BUCHPREISBINDUNG

1 Momentan liegt der Preis eines Buches fest in der Hand der Verleger. Der Anteil  
2 am Buchpreis für den Autor beträgt zum Beispiel 5%, für den Versand ganze 10%  
3 und für mögliche „Rabatte“ bleiben 10% übrig, von denen der Endkonsument in den  
4 meisten Fällen nichts abbekommen wird.

5 Faktisch bestimmen die Verleger darüber, welches Buch wir zu welchem Preis  
6 kaufen werden. Nicht nur in Österreich, sondern auch in Ländern wie Deutschland  
7 oder Frankreich, existiert eine Buchpreisbindung, zu Lasten der Endverbraucher.  
8 Auch Studenten von Lehrgängen wie beispielsweise Rechtswissenschaften, leiden  
9 unter den von einzelnen Verlegern festgelegten Preisen für Rechtsmaterial,  
10 obwohl der Druck in einem Copy-Shop oftmals nur ein Viertel davon kosten würde.

11 Wir, JUNOS – Junge Liberale Neos, setzen uns aktiv für die Abschaffung der  
12 Buchpreisbindung in Österreich ein.

13 Durch die Abschaffung würden die Preise der Bücher vom freien Markt bestimmt  
14 werden, was dazu führen würde, dass durch das Prinzip von „Angebot-und-  
15 Nachfrage“ es bei einigen Büchern zu günstigeren Preisen für den Endverbraucher  
16 kommen könnte.

17 Das Argument der Buchpreisbindung, es würde das Buch als Kulturgut schützen, hat  
18 bei der heutigen Vielzahl an Werken, welche meist primär der Unterhaltung  
19 dienen, nicht wirklich Relevanz. Des Weiteren, würde man diesen Gedanken  
20 weiterdenken, müssten auch Musik/Bilder/Filme/usw. einer Preisbildung  
21 unterliegen, da diese indirekt auch ein gewisses „Kulturgut“ sind. Und selbst

22 wenn Buchklassiker, wie Marx, nur circa 8€ kosten, so gibt es trotz  
23 verschiedener Verleger nicht die Möglichkeit, beispielsweise aus einem  
24 billigeren Modell mit z.B. einfacherem Einband zu wählen.

25 Die deutsche Monopolkommission fordert ebenfalls das Ende der Buchpreisbindung.  
26 Der internationale Vergleich zeigt, dass das Buchangebot durch die Preisbindung  
27 nicht größer wird. In Frankreich etwa gibt es eine Preisbindung, aber es wird  
28 wenig verlegt als im Vergleich zu Ländern wie Großbritannien.

29 In Großbritannien wurde die Buchpreisbindung 1995 abgeschafft. Jährlich finden  
30 zahlreiche neue Titel den Weg in die Verkaufsregale, Tendenz steigend.

31 Abschließend stellt sich besonders bei E-Books die Frage, inwieweit eine solche  
32 Preisbindung aufgrund fehlender Komponenten wie Druck und Versand argumentierbar  
33 ist. Zwar sind E-Books aufgrund dieser fehlenden Komponenten billiger als  
34 physische Bücher, jedoch bekommt der Autor für ein E-Book nicht mehr Tantiemen,  
35 auch wenn die freigewordenen Margen dies zulassen würden.

Antragsteller:innen: Jakob Dirnböck, Mario Dragnev, Marvin Feigl, Sophie Wotschke, Fabienne Lackner, Terence Nwaeke

**Der Bundeskongress möge beschließen:**

## **MEHR PRIVAT IN UNSEREM STAAT: PRIVATWIRTSCHAFTLICHE ANREIZE FÜR ÖFFENTLICHE BEDIENTETE**

- 1 „Mit Abstand am meisten verdienen Beamte, wo sich das mittlere
- 2 Bruttojahreseinkommen auf 56.132 Euro beläuft. Vertragsbedienstete kommen auf
- 3 34.019 Euro, womit die insgesamt gut 554.000 von der öffentlichen Hand
- 4 entlohnten Unselbständigen im Mittel 40.437 Euro im Jahr verdienen. Damit
- 5 übersteigt deren Einkommen jenes der gut 3,8 Millionen Arbeiter und Angestellte
- 6 um fast 60 Prozent, die bloß auf 25.460 Euro kommen.“<sup>[1]</sup>
  
- 7 Diese Zahlen aus dem allgemeinen Rechnungshofbericht des Jahres 2017 sind
- 8 erschreckend. Unselbständig Erwerbstätige verdienen im öffentlichen Dienst
- 9 also deutlich mehr als in der Privatwirtschaft. Zusätzlich werden deutlich
- 10 weniger Staatsbedienstete gekündigt als Angestellte und Arbeiter:innen. Dies
- 11 liegt vor allem an den hohen Hürden einer Kündigung für Staatsbedienstete.
- 12 Ebenso sind Behörden und Ministerien sowie privatwirtschaftliche Betriebe des
- 13 Staates seit jeher ein Ort an dem, Parteifunktionär:innen an die Spitze gesetzt
- 14 werden, um den eigenen Einfluss zu sichern. All dies behindert eine effiziente
- 15 und kostengünstige Verwaltung erheblich und dass obwohl Österreich jährlich
- 16 14.818.000.000<sup>[2]</sup> an die aktiven Staatsbediensteten bezahlt.
  
- 17 Daher fordern wir als Junge liberale Neos, dass das Dienstrecht im öffentlichen
- 18 Dienst liberalisiert und dem der Privatwirtschaft angeglichen wird. Wir fordern
- 19 die Umsetzung unserer drei Kernanliegen in diesem Bereich:

## 20 **1. EIN SCHLANKER STAAT MIT DIGITALER VERWALTUNG**

21 Angestellte und Beamt:innen sind nicht nur teuer sie beziehen auch Pensionen  
22 haben Anspruch auf Urlaub und arbeiten nur zu gewissen Zeiten. Daher fordern wir  
23 JUNOS, dass die Verwaltung in Österreich endlich digital wird. Um unseren  
24 Bürgerinnen und Bürgern mühselig und zeitintensive Amtswege zu ersparen, fordern  
25 wir alle Dienstleistungen, bei denen dies möglich ist, für alle in digitaler  
26 Form anzubieten. Damit einhergehend fordern wir, dass nicht zwingend notwendige  
27 Stellen im öffentlichen Dienst, nicht nachbesetzt bzw aufgelöst werden. In  
28 Österreich sind 16,7% im öffentlichen Dienst beschäftigt, in Deutschland 13,6%  
29 und in Japan sogar nur 7,9%<sup>[3]</sup>. Zusätzlich dazu fordern wir ein Ende der de-  
30 facto Unkündbarkeit für alle Staatsbediensteten die nicht bei Zoll, Militär,  
31 Polizei und Justiz arbeiten. Nur so kann eine effiziente und kostengünstige  
32 Verwaltung garantiert werden.

## 33 **2. OHNE PARTEIBUCH EINE FUNKTION**

34 Bisher heißt es in Österreich ohne Parteibuch keine Funktion. Doch die  
35 Verwaltung in Österreich gehört endlich entpolitisiert. Als liberale Menschen  
36 sind wir überzeugt, dass nur die Qualifikation und Leistung einer Person über  
37 ihr berufliches Weiterkommen entscheiden sollten und keine Faktoren wie das  
38 Parteibuch, das Geschlecht, die Hautfarbe, usw

## 39 **3. PRIVATWIRTSCHAFTLICHES GEHALTSSCHEMA**

40 Wir als Junge liberale Neos fordern die Senkung der Grundgehaltsstufen im  
41 öffentlichen Dienst und fordern stattdessen mehr leistungsbezogene Anreize wie  
42 etwa Boni, um einen zusätzlichen Anreiz für Leistung zu schaffen. Zusätzlich  
43 soll es Leistungsstufen geben wo Bedienstete, je nach Qualität der erbrachten  
44 Leistung, bezahlt werden.

45 Weiters fordern wir ein Ende der politischen motivierten Gehaltsgeschenke an die

46 Staatsbediensteten, da sie die Schuldenlast, die unsere Generation zu tragen  
47 hat, unnötig erhöhen.

48 [1] [https://www.derstandard.at/story/2000094497287/staatsbedienstete-verdienen-  
in-oesterreich-um-fast-60-prozent-mehr](https://www.derstandard.at/story/2000094497287/staatsbedienstete-verdienen-<br/>49 in-oesterreich-um-fast-60-prozent-mehr)

50 [2] [https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2021/beilagen/Personal des Bundes 2021.pdf](https://service.bmf.gv.at/Budget/Budgets/2021/beilagen/Personal_des_Bundes_2021.pdf)

51 [3] Alle Zahlen aus dem Jahr 2019

Antragsteller: Gregor Stadler, Felix Schnabl, Moritz Mairhofer, Fritz Noske

**Der Bundeskongress möge beschließen:**

## **LASST UNS STATT DEM STAAT DIE KRISE SPÜREN!**

1 Uns, den JUNOS - Junge Liberale NEOS, ist bewusst, dass eine Marktwirtschaft  
2 nicht nur aus Phasen des Aufschwungs besteht. Wir sehen Krisen und Phasen des  
3 Abschwungs als Situationen, in denen der Staat unterstützend und teilweise  
4 abfedernd eingreifen kann. Dennoch muss klar sein, dass der Staat auch in Krisen  
5 mit Steuergeld und möglicher neuer Schuldenaufnahme verantwortungsbewusst  
6 umzugehen hat. Denn ein aufgeblähter Staat ist ineffizient und hohe Schulden  
7 belasten die nächsten Generationen. In der aktuellen Situation umso mehr, da in  
8 absehbarer Zukunft noch viele teure Krisen auf uns Junge zukommen - der  
9 Klimawandel ist hier ein Beispiel, dessen Bekämpfung viele nachhaltige  
10 Investitionen benötigen wird.

### **AUSGANGSLAGE:**

12 Mit der Corona-Krise wurde eine neue Ära eingeleitet: Jede noch so kleine  
13 Unannehmlichkeit soll der Staat richten. Staatsquoten stiegen rasant an und  
14 Werte jenseits der 50 Prozent gehören mittlerweile zur Tagesordnung. Dass sich  
15 der Staat in Krisen ausweitet und sich danach nicht mehr zurückzieht, ist nicht  
16 nur in Österreich zu beobachten. Gerade deswegen benötigt es ein entschiedenes  
17 „Nein“ gegen diese Entwicklungen. Denn die Anreize der Politik sind klar: Die  
18 Ausweitung ihrer Macht und der von ihnen verwalteten Gelder liegt ganz in ihrem  
19 Interesse. Jenes Machtstreben ergibt, gepaart mit der Staatsgläubigkeit vieler  
20 Österreicher, einen toxischen Cocktail. Denn obwohl die Regierung aktuell einen  
21 starken Vertrauensverlust hinnehmen muss, rufen die Bürger des Landes noch immer



22 bei jedem Problemchen nach dem Staat.

23 Die Resultate der Corona-Krise sehen wir nun: Überförderung vieler Betriebe und  
24 das Entstehen vieler sogenannter Zombieunternehmen, die nur durch billige  
25 Kredite und Staatsunterstützung überleben können. Wenn jemand von der Krise  
26 profitiert hat, dann ist es der Staat. Die Gefahr ist groß, dass die aktuelle  
27 Phase der Stagflation nur eine weitere Krise ist, die den Staat mächtiger macht.

## 28 **AKTUELLE SITUATION:**

29 Die aktuelle Kombination aus hoher Inflation und stagnierender  
30 Wirtschaftsleistung, also eine Stagflation, stellt Zentralbanken und Regierungen  
31 vor eine große Herausforderung. Die letzte große Stagflationsphase begann in den  
32 1970ern. Auch wenn eine Stagflation daher bis jetzt nur sehr selten vorkam, ist  
33 die Aufgabenteilung aus ökonomischer Sicht klar: Die EZB als Hüterin der  
34 Preisstabilität muss sich um die Inflationsbekämpfung kümmern. Sie muss sich  
35 davor hüten, den gleichen Fehler zu machen wie die US-amerikanische Federal  
36 Reserve in den 1970ern. Denn damals mussten die Zinsen aufgrund der zuerst zu  
37 zögerlichen Geldpolitik auf über 20 Prozent angehoben werden, um die Inflation  
38 in den Griff zu bekommen. Das Resultat war eine starke Rezession.

39 Gleichzeitig sind Regierungen dazu angehalten, die Auswirkungen der hohen  
40 Preissteigerungen für die vulnerabelsten Haushalte abzufedern, wenngleich der  
41 Sozialstaat nicht dazu dient, jeglichen Wohlstandsverlust auszugleichen. Sie  
42 müssen sich aber davor hüten, alle Probleme für alle lösen zu wollen. Aktuelle  
43 Forschung zeigt, dass es nicht ausreicht, wenn Zentralbanken ihre Zinssätze  
44 erhöhen, um die Inflation einzudämmen. Es benötigt auch eine verantwortungsvolle  
45 Fiskalpolitik, die Geld nicht gedankenlos ausgibt. Dazu gehört nicht, dass die  
46 Fiskalpolitik sich weiter über billiges Geld finanziert oder den Schuldenberg  
47 durch Inflation schrumpfen lässt, sondern eine angepasste Einnahmen- und  
48 Ausgabenpolitik. Es braucht daher nicht nur eine glaubwürdige Zentralbank, die

49 sich ganz der Inflationsbekämpfung widmet. Es braucht ebenso einen Staat, der  
50 genauso glaubwürdig eine nachhaltige Schuldenpolitik betreibt. Denn ein Staat,  
51 der das nicht tut und Geld aus dem Fenster wirft, heizt die Inflation weiter an.  
52 Umso mehr, wenn er diese Schulden nicht nachhaltig wieder abbauen wird.  
53 ([https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=4205158](https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4205158))  
54 (<https://www.journals.uchicago.edu/doi/full/10.1086/674588>)

55 Auch wenn die Aufgabenteilung klar ist, zeigen die letzten Monate, dass sowohl  
56 Zentralbank als auch Regierung an der Erfüllung dieser Aufgaben kolossal  
57 scheitern. Die bisherige Performance ist mehr als unzufriedenstellend.

## 58 **1) NATIONALSTAATLICHE EBENE:**

59 Mit ihrer bisherigen Strategie, jedem Bürger die Kosten der Teuerung zu  
60 ersetzen, erreicht die Regierung nur eines: eine weitere Anfachung der Inflation  
61 durch viel zu hohe Staatsausgaben. Diese Entwicklungen sind auch global zu sehen  
62 und werden von internationalen Forschungsinstituten wie etwa dem IWF kritisiert.  
63 Zudem lässt eine expansive Finanzpolitik gemeinsam mit völlig ungerichteten  
64 Auszahlungen an Bürgern die Konsumausgaben und Nachfrage stark ansteigen, das  
65 Angebot aber nur schwer darauf reagiert. Ein solches Vorgehen kurbelt die  
66 Inflation nur noch weiter an.  
67 Obwohl die Steuereinnahmen in Österreich durch die hohe Inflation steigen,  
68 müssen obendrein noch Schulden aufgenommen werden. Gestiegene Zinsen, die mit  
69 der Inflationsbekämpfung der Zentralbank einhergehen, belasten den  
70 Staatshaushalt bei Neuschuldenaufnahme zusätzlich.

## 71 **2) EZB:**

72 Dass die Zeiten niedriger Inflation vorbei sind, haben viele Zentralbanken in  
73 Industrieländern lange nicht ernst genommen. Die EZB war jedoch die Zentralbank,  
74 die von allen Währungsräumen am längsten brauchte, um dies zu realisieren. Auch

75 danach verhinderte ihr zaghaftes Verhalten eine zeitgerechte Anhebung des  
76 Leitzinses. Dadurch kamen die Zinserhöhungen zu spät und die EZB setzte ihre  
77 Glaubwürdigkeit aufs Spiel. (<https://personal.lse.ac.uk/reisr/papers/22-whyipi.pdf>) Der Euro hat deshalb im vergangenen Jahr massiv gegenüber anderen  
78 Währungen, wie etwa dem Dollar oder dem Schweizer Franken, abgewertet. Die  
79 gemeinsame Währung ist durch das zögerliche Handeln zur Weichwährung geworden,  
80 wodurch zusätzliche Inflation importiert wird.  
81

## 82 **FORDERUNGEN:**

83 Die JUNOS - Junge Liberale NEOS treten für einen verantwortungsbewussten Umgang  
84 mit Krisen ein. Insbesondere eine Periode der Stagflation verlangt ein  
85 vorsichtiges Vorgehen mit Fingerspitzengefühl. Deshalb fordern wir:

## 86 **NATIONALSTAATLICHE EBENE:**

- 87 - Neben richtigen Maßnahmen, wie etwa die Abschaffung der Kalten Progression  
88 oder die Valorisierung der Sozialleistungen, gleichen die bisherigen Anti-  
89 Teuerungsmaßnahmen der österreichischen Regierung einem Fleckerlteppich.  
90 Sie verteilen Geld mit der Gießkanne, statt zielgerichtet zu wirken. Im  
91 Angesicht der steigenden Inflation sollte man sich darauf fokussieren,  
92 effektiv jene zu unterstützen, die Hilfe tatsächlich nötig haben. Das  
93 passiert nicht durch weitere kleinteilige Gießkannenmaßnahmen, wie etwa  
94 der Aussetzung einer Gebührenerhöhung oder dem Antiteuerungsbonus, sondern  
95 z.B. durch fokussierte Einmalzahlungen, die Personen erhalten, die bereits  
96 bestimmte Sozialleistungen beziehen. Gießkannenmaßnahmen verstärken nur  
97 die inflationären Tendenzen und sind damit in der jetzigen Situation  
98 kontraproduktiv.
- 99 - Von innerstaatlich gedoppelten Maßnahmen sollte abgesehen werden. Die  
100 Lösungen sollten vorrangig bundesweit umgesetzt werden, um ineffiziente

- 101 Überschneidungen und weitere Überförderungen zu vermeiden.
- 102 - Panische, undurchdachte Schnellschüsse wie etwa Steuern auf sogenannte  
103 „Zufallsgewinne“ sind häufig populistischer Natur und strikt abzulehnen.  
104 Diese haben langfristig schädliche Auswirkungen auf Marktdynamiken und die  
105 Attraktivität des österreichischen Wirtschaftsstandortes.
- 106 - Vielmehr sollte die Regierung sich jetzt darauf fokussieren, auch mittel-  
107 und langfristige, angebotsseitige Maßnahmen auszuarbeiten. Dazu gehört zum  
108 einen der Ausbau Erneuerbarer Energien, um die Abhängigkeit von Russland  
109 zu reduzieren. Zum anderen muss aber auch dem Fachkräftemangel  
110 entgegengewirkt werden. Um das Arbeitskräfteangebot zu erweitern, muss  
111 auch das Pensionsantrittsalter weiter angehoben werden. Denn eine  
112 Erweiterung des Angebots ist nicht nur für den Umstieg im Kampf gegen den  
113 Klimawandel notwendig - sondern auch, um dem Lohn- und Inflationsdruck,  
114 der mit einem geringen Angebot einhergeht, entgegenzutreten.
- 115 - Um der beständigen Ausweitung des Staates in Zukunft entgegenzutreten,  
116 sollte Österreich neben einer Schuldenbremse eine zusätzliche  
117 Ausgabenbremse im Verfassungsrang einführen.
- 118 - Außerdem muss, wie bereits von den JUNOS - Junge Liberale NEOS gefordert,  
119 ein Sparplan erstellt werden, welcher festlegt, wie nach der Krise  
120 glaubhaft der Schuldenstand abgebaut werden kann.

## 121 **EU-EBENE:**

- 122 - Bisherige Maßnahmen auf EU-Ebene, wie etwa der Vorschlag eines  
123 Preisdeckels, sind abzulehnen. Preissignale sind das beste Mittel, um in  
124 der aktuellen Energiekrise die notwendigen Einsparungen zu erreichen.  
125 Preise bringen Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht, während  
126 Preisdeckel die Nachfrage nur weiter erhöhen und schlussendlich zu echten

- 127 Knaptheiten führen können. Dementsprechend sind Einsparungsziele  
128 vorzuziehen.
- 129 - Des Weiteren sind Lösungen wie etwa ein Einkaufskartell eine gute  
130 Möglichkeit, um vereint gegenüber den Anbietern gute Energiealternativen  
131 für die Union zu beschaffen.
- 132 - Eine weitere Aussetzung der Fiskalregeln ist abzulehnen. Nach der Krise  
133 sollen die bereits bestehenden Fiskalregeln wieder bindend werden.  
134 Zusätzlich benötigt es eine Reform, die die Einhaltung der Fiskalregeln  
135 bindender macht und den Verhandlungsspielraum verkleinert.
- 136 **EZB:**
- 137 - Kaum hat die EZB begonnen, die Zinsen zu erhöhen, überlegt sie bereits,  
138 wann damit wieder Schluss ist. Obwohl es zwischen neun Monate und zwei  
139 Jahre dauert, bis die bisherigen Zinsschritte einen dämpfenden Effekt auf  
140 die Inflation aufweisen, sollte die EZB trotzdem nicht zu schnell damit  
141 aufhören. Denn in der aktuellen angebotsseitigen Krise ist es besonders  
142 wichtig, dass die EZB ihre Glaubwürdigkeit behält und die  
143 Inflationserwartungen beim ursprünglichen Inflationsziel von zwei Prozent  
144 bleiben. Ansonsten ist die Gefahr hoch, dass die Inflation sich noch  
145 länger auf einem hohen Niveau verfestigt oder sogar verselbstständigt.
- 146 - Weitere Programme, wie etwa das TPI, im Rahmen dessen die EZB zusätzliche  
147 Staatsanleihen kaufen möchte, wenn die Zinsen auf diese nach eigenem  
148 Ermessen zu hoch sind, sind abzulehnen.
- 149 - Wie bereits von den JUNOS - Junge Liberale NEOS beschlossen, sollte sich  
150 die EZB ausschließlich auf ihr Mandat der Erhaltung der Preisstabilität  
151 fokussieren. Wir sehen, dass die vergangene Geldpolitik die EZB in eine  
152 Sackgasse manövriert hat, in welcher Inflationsbekämpfung wegen der zu

153 hohen Schuldenstände der Mitgliedsstaaten nur beschränkt verfolgt wurde.  
154 Dieses Problem der "fiskalischen Dominanz", in welcher sich die  
155 Geldpolitik der Fiskalpolitik unterordnet, muss in Zukunft vermieden  
156 werden.

Antragsteller: Johannes Sablatnig

Der Bundeskongress möge beschließen:

## MEHR URLAUB, WENIGER FEIERTAGE

- 1 In Österreich gibt es 13 staatliche Feiertage. Wir Junge liberale NEOS – JUNOS
- 2 fordern die Abschaffung aller staatlichen Feiertage. Im Gegenzug sollen Schulen
- 3 zehn weitere schulautonome Tage und Arbeitnehmer\_innen Anspruch auf zwei weitere
- 4 bezahlte Urlaubswochen bekommen.

Antragsteller: Christoph Perner

**Der Bundeskongress möge beschließen:**

## DEM EHRENAMT WIEDER EHRE GEBEN

### 1 **BEGRÜNDUNG:**

2 In Österreich ist es Tradition, sich ehrenamtlich zu engagieren. Europaweit gibt  
3 es lt. der Austria Presse Agentur (Bericht 12.Mai 2018) kein Land in dem  
4 verhältnismäßig so viele ehrenamtlich aktiv sind, nämlich 3,3 Millionen  
5 Personen. Aus der Gruppe der 19-bis 29- jährigen ist es beinahe jede\_r Zweite.

6 Auch prägt das Ehrenamt die Kulturlandschaft, damit auch unser tägliches Leben.  
7 Einsatzorganisationen wie Freiwillige Feuerwehr, Rettungsdienste und Bergrettung  
8 genießen ein hohes Vertrauen der Zivilbevölkerung.

9 Ehrenamtliche verfügen über große Zivilcourage, Flexibilität, Zusammenhalt und  
10 Hilfsbereitschaft und meistern in einem immer größer werdenden Ausmaß  
11 (Stichwort: Katastrophen als Folgen des Klimawandels, lt. Global 2000 erfolgte  
12 eine Steigerung der Hochwassereinsätze um 40%) freiwillig übernommene Pflichten  
13 neben Beruf und Familie.

14 Die hohe Sozialkompetenz und das Miteinander, welches seit Generationen in den  
15 Freiwilligenorganisationen gelebt werden, bringt Menschen unterschiedlichster  
16 Herkunft und aus verschiedensten Gesellschaftsschichten zusammen. Geselligkeit  
17 und Zusammenhalt werden in den Vereinen hochgehalten und in Form von Ausflügen  
18 und sportlichen Aktivitäten gelebt. Das ist wesentlich für eine reibungslose  
19 Zusammenarbeit bei den Einsätzen.

20 Viele Bereiche unseres täglichen Umfeldes sind ohne ehrenamtliches Engagement  
21 kaum oder gar nicht finanzierbar. Die Kosten einer vollkommenen Verberuflichung



22 ehrenamtlicher Tätigkeiten, allen voran in den Einsatzorganisationen, würde den  
23 österreichischen Staatshaushalt vor immense finanzielle Herausforderungen  
24 stellen und gleichzeitig würde viel Qualität und Menschennähe ohne  
25 ehrenamtliches Engagement verloren gehen.

26 Ohne Ehrenamt gäbe keine schnelle Freiwillige Feuerwehr und auch keinen  
27 flächendeckend qualifizierten Rettungsdienst in gewohnter Qualität.

28 Katastrophen und deren Aufarbeitung würden sich um Wochen und Monate verlängern  
29 bzw. immense Mehrkosten im Bundshaushalt verursachen.

30 Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, sehen sich immer mehr mit Gewalt  
31 konfrontiert. Sei es in Form von Beschimpfungen oder gar durch  
32 Körperverletzungen. Hier auch konkrete Zahlen zur Gewalt aus einer Studie (im  
33 Jahr 2012 veröffentlichte Studie aus Deutschland - NRW - zur Gewalt gegen  
34 Rettungskräfte):

35 Jedes Jahr erleben 98% der Studienteilnehmer\_innen verbale Gewalt.

- 36 • Fast 6 von 10 Teilnehmer\_innen hatten zum Zeitpunkt der Studie auch im  
37 Jahr davor physische Übergriffe erlebt.
- 38 • Freiwillige im Rettungswesen sehen Mängel bei der Schulung zum Umgang mit  
39 Gewalt in ihrer Ausbildung. Regelmäßige Fortbildungsmaßnahmen werden von  
40 den Teilnehmern der Studie gefordert. Diese könnten auch durch einen  
41 sicheren rechtlichen Rahmen, der die besondere Schutzwürdigkeit von  
42 ehrenamtlich Engagierten unterstreicht, ein sinnvolles Mittel gegen die  
43 Gewalt sein. Für näheres siehe: [https://www.unfallkasse-  
44 nrw.de/service/nachrichten/studie-gewalt-gegen-rettungskraefte-im-einsatz-  
45 513.html](https://www.unfallkasse-nrw.de/service/nachrichten/studie-gewalt-gegen-rettungskraefte-im-einsatz-513.html)

46 Ein großes Problem stellen mittlerweile aber auch Schaulustige dar, welche die

47 Einsatzkräfte am Ort des Geschehens behindern und so das Gefahrenpotenzial für  
48 Einsatzkräfte erhöhen. Uniform und Helferbonus sind keine Garantie mehr, nicht  
49 selbst Opfer von Gewalt zu werden.

50 In der Bundespolitik wird in Reden gerne das Engagement im Ehrenamt gelobt, es  
51 bleibt jedoch meist ein Lippenbekenntnis. Konkrete Forderungen der  
52 Einsatzorganisationen werden dagegen selten gehört oder gar umgesetzt.  
53 Einsatzorganisationen müssen stets auf neue Umstände wie den Klimawandel oder  
54 demografische Entwicklungen reagieren. Längerfristige Planungen, auf zehn oder  
55 zwanzig Jahre, sind dagegen schwer möglich, da sich Katastrophen (Hochwasser,  
56 Starkregen, Trockenheit, Schneechaos) mehrmals im Jahr wetterbedingt ereignen.  
57 Und nicht zuletzt sorgt auch die SARS-Covid-19-Pandemie für erhebliche  
58 Belastungen für die Einsatzorganisationen, vor allem bei der Bindung von  
59 Ehrenamtlichen.

60 (Siehe: [https://www.parlament.gv.at/PAKT/AKT/SCHLTHEM/SCHLAG/J2022/143Ehrenamt.sh-](https://www.parlament.gv.at/PAKT/AKT/SCHLTHEM/SCHLAG/J2022/143Ehrenamt.shtml#)  
61 [tml#](https://www.parlament.gv.at/PAKT/AKT/SCHLTHEM/SCHLAG/J2022/143Ehrenamt.shtml#)) Technik sowie Geräte, welche man heute beschafft, können in wenigen Jahren  
62 veraltet sein. Hier bedarf es einer Förderpolitik, welche zeitnah auf die  
63 Anforderungen des Einsatzalltags reagiert, womit es dann ermöglicht wird, sich  
64 effizient für künftige Herausforderungen zu rüsten.

## 65 **BESCHLUSS:**

66 Der Bundeskongress der JUNOS - Junge liberale NEOS möge daher beschließen:

67 Wir setzen uns für einen besseren Schutz, eine höhere Anerkennung, eine  
68 zielgerichtetere Förderung und langfristige Maßnahmen für den Erhalt der  
69 ehrenamtlich fundierten Einsatzorganisationen ein. Dies soll passieren durch:

- 70 • Regelmäßige Studien zur Gewalt gegen Einsatzkräfte auch in Österreich (für  
71 Vergleichbarkeit & Evaluation von Maßnahmen). Einerseits legislativ zum  
72 besonderen Schutz der Schlagkraft von Einsatzorganisationen (s. unten) und

- 73 weitreichende Fortbildungsangebote für Ehrenamtliche in  
74 Einsatzorganisationen für Deeskalation und Konfliktmanagement.
- 75 • Erweiterung des Strafgesetzbuches um eine Zusatzziffer § 126. StGB  
76 (Schwere Sachbeschädigung) bei Beschädigung, Vandalismus oder  
77 Brandstiftung an der Infrastruktur.  
78 Neu: “ (3) Wer mutwillig durch die Tat an der Sache, dessen Folge die  
79 unwiederbringliche Inbetriebnahme von einzelnen Einrichtungen und  
80 Gerätschaften, die dem Zweck der Gefahrenabwehr oder Erhaltung  
81 menschlichen Lebens dienen, herbeiführt, ist mit einer Freiheitsstrafe  
82 mindestens sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.”
  - 83 • Entwicklung einer gemeinsamen Info-Kampagne des Innenministeriums mit dem  
84 Bundesverband Rettungsdienst, Bergrettungsdienst, Zivilschutzverband  
85 Österreich, Polizei und den Medien des ORF nach dem Vorbild aus  
86 Deutschland. Ziel der Kampagne ist es, Interessierte zu motivieren und  
87 Gewalt gegen Einsatzkräfte zu sensibilisieren.  
88 Siehe <https://sicherheit.bund.de/> Die Förderung des Ehrenamts darf und kann  
89 nicht allein die Aufgabe der Freiwilligenorganisationen selbst sein. Die  
90 ehrenamtlichen Einsatzorganisationen handeln im Allgemeininteresse und  
91 daher ist die Förderung des Ehrenamts - insbesondere die Motivierung zum  
92 und die Werbung für ehrenamtliches Engagement - eine (teil-)staatliche  
93 Aufgabe.
  - 94 • Ausbau/Stärkung der Stellen zur Stressbewältigung und traumatischen  
95 Erlebnissen nach Einsätzen. Dem jetzt Großteils ehrenamtlich gestützten  
96 System soll zur Verkürzung von Wartezeiten und besserer Bedarfsdeckung mit  
97 Möglichkeiten von staatlicher Seite geholfen werden.
  - 98 • Um die Nachwuchssorgen zu bekämpfen und bei der Mitgliedergewinnung zu  
99 unterstützen, soll zum einen ein Besuch einer Organisation des Feuerwehr-

100 und Rettungswesens sowie Katastrophenschutzes in den Unterrichtsplänen der  
101 Länder verankert werden, weiters treten wir für die Etablierung regionaler  
102 Strukturen (z. B. Ferienprogramme von Gemeinden ein), welche die Arbeit  
103 von freiwilligen Blaulichtorganisationen für Kinder & Jugendliche  
104 veranschaulichen und erlebbar machen.

- 105 • Vergünstigungen für Ehrenamtliche bei Nachweis der Tätigkeit durch  
106 Dienstausweise o. ä. (z.B. vergünstigte Eintritte in Kommunalbetrieben wie  
107 Freibäder, Ermäßigung Klimaticket, Museen und Kulturstätten.
- 108 • Stärkere Berücksichtigung freiwilligen Engagements bei Bewerbungen in  
109 öffentlichen und landesbeteiligten Unternehmen bzw. bei Aufnahmetests für  
110 Studenten (z.B. Medizinstudium)
- 111 • Digitalisierte Abarbeitung und Dokumentation von Einsätzen soll in diesem  
112 Bereich flächendeckend verfügbar werden. Tools auf Tablet-PCs reduzieren  
113 die Zettelwirtschaft und sorgen für eine flüssigere  
114 Informationsbeschaffung. Im Fall des Rettungsdienstes kann so auch der  
115 Fokus vermehrt auf das Wesentliche des Einsatzes gelegt werden, nämlich  
116 auf die zu betreuenden Patient\_innen. Eine Ankaufsaktion von Tablets über  
117 die Bundesbeschaffung ist hier sinnvoll. Wichtig dabei ist es vor allem,  
118 bei diesem Transformationsprozess die Ehrenamtlichen nicht zu bevormunden,  
119 sondern sie zwischen verschiedenen Varianten wählen zu lassen.  
120 Digitalisierung darf kein Zwang werden, sondern soll eine attraktive  
121 Option werden.

Antragsteller: Sebastian Werkl

**Der Bundeskongress möge beschließen:**

## **LIBERALISIERUNG VON VERWALTUNGSSTRAFEN – ERSATZFREIHEITSSTRAFEN ABSCHAFFEN!**

- 1 Wir JUNOS - Junge liberale NEOS sind der Überzeugung, dass eine Haftstrafe immer
- 2 die Ultima Ratio sein muss, die Strafmaßnahme, wenn alle anderen Strafmaßnahmen
- 3 nicht gewirkt haben. Deshalb setzen wir uns für eine Abschaffung des §16 VStG
- 4 ein, in welchem Ersatzfreiheitsstrafen beschrieben werden. Während es im
- 5 Strafrecht und auch im Finanzstrafrecht bereits möglich ist, eine
- 6 Ersatzfreiheitsstrafe durch gemeinnützige Arbeit zu umgehen, gibt es diese
- 7 Option im Verwaltungsstrafrecht noch nicht.
  
- 8 Einerseits stellen die Ersatzfreiheitsstrafen eine Diskriminierung finanziell
- 9 schwacher Bevölkerungsteile dar, weil eine Ersatzfreiheitsstrafe nicht ohne
- 10 Grund als Ersatz der Geldstrafe herangezogen werden kann. Eine
- 11 Ersatzfreiheitsstrafe ist nur im Falle der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe
- 12 anzutreten. Erst wenn die Einbringungsmaßnahmen (Exekution) erfolglos waren,
- 13 kommt es zu einer Ersatzfreiheitsstrafe. Davon waren im Jahr 2022 immerhin 5243
- 14 Menschen betroffen.
  
- 15 Andererseits sind Ersatzfreiheitsstrafen auch für den Staat teuer. Ein Häftling
- 16 im Justizvollzug kostete Österreich in den Jahren 2019-2021 zwischen 144 und 151
- 17 Euro pro Tag. Für Häftlinge, die eine Ersatzfreiheitsstrafe in
- 18 Polizeianhaltezentren verbüßen, wurden insgesamt im Jahr 2017 13,4 Mio. Euro
- 19 ausgegeben.

20 Des Weiteren gibt es selbstredend noch andere persönliche Konsequenzen für  
21 Menschen, die eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen müssen. Selbst bei kurzen  
22 Haftstrafen gibt es eine latente Gefahr des Jobverlusts und damit  
23 zusammenhängende weitere soziale Probleme wie etwa Wohnungslosigkeit. Außerdem  
24 gibt es klarerweise auch ein soziales Stigma von Menschen, die inhaftiert waren.  
25 Ganz zu schweigen von den Problemen, die Alleinerziehende haben, ihre Kinder  
26 unterzubringen, wenn sie eine Ersatzfreiheitsstrafe ableisten.

27 Dies alles spricht gegen die bis jetzt gängige Praxis der Ersatzfreiheitsstrafen  
28 im Bereich von Verwaltungsdelikten. Natürlich ist es aber auch keine Option,  
29 Menschen, die eine Geldbuße nicht bezahlen können, straffrei davonkommen zu  
30 lassen. Deshalb fordern wir JUNOS - Junge liberale NEOS, dass an die Stelle von  
31 Ersatzfreiheitsstrafen auch im Bereich des Verwaltungsstrafrechts gemeinnützige  
32 Arbeit tritt. Im Jahr 2017 wurde von der damaligen SPÖ-ÖVP Regierung bereits  
33 eine derartige Reform vorgelegt. Leider ist diese den darauf folgenden  
34 Regierungsumbildungen zum Opfer gefallen. Bis dato wurde keine neue  
35 Gesetzesnovelle erarbeitet. Wir fordern eine Beendigung dieses Misstandes im  
36 Verwaltungsstrafrecht.

Antragsteller: Peter Berry, Christoph Hofer

**Der Bundeskongress möge beschließen:**

## **FREIER ÜBERGANG FÜR FREIE BÜRGER\_INNEN**

- 1 JUNOS - junge liberale NEOS glauben an die Eigenverantwortung und Mündigkeit
- 2 der Bürger\_innen. Das gilt auch für Fußgänger\_innen im Straßenverkehr.
  
- 3 Fußgänger\_innen sind in der Lage, das eigene Risiko beim Überqueren der
- 4 Straße ausreichend einzuschätzen. Eine Ampelschaltung im Sinne des Schutzes
- 5 und des Vorrangs der Fußgänger\_innen ist zwar notwendig, allerdings kann wie
- 6 in zahlreichen anderen Ländern eine rote Ampel für Fußgänger\_innen eine
- 7 Empfehlung und keine Pflicht darstellen.
  
- 8 Der Zwang, eine sinnlose Regelung einzuhalten, bei deren Bruch niemandem Schaden
- 9 zugefügt wird, erzieht autoritätsabhängige Untertanen und kann nicht im Sinne
- 10 einer liberalen Gesellschaft sein.
  
- 11 Die stetige Nichteinhaltung einzelner Regeln durch die Bürger\_innen, wie diese
- 12 bei der Straßenüberquerung in Österreich passiert, schwächt das
- 13 Gesamtregelwerk und letztendlich den Rechtsstaat.
  
- 14 Weiters werden zahllose Stunden beim unnötigen Warten verschwendet, die
- 15 entweder in eine höhere wirtschaftliche Produktivität oder in eine bessere
- 16 Nutzung der Freizeit investiert werden könnten.
  
- 17 Die polizeilichen Kontrollen und daraus entstehenden Geldstrafen dienen nicht
- 18 nur einer schleichenden Unterdrückung der Bevölkerung, sondern auch letzten
- 19 Endes einer versteckten Finanzierung des aufgeblähten Staatsapparates, die es
- 20 aus liberaler Sicht eindeutig abzulehnen gilt.

21 Der öffentliche Raum gehört den Bürger\_innen und nicht dem Staat. Eine  
22 staatliche Umverteilung zugunsten des motorisierten Individualverkehrs, der vor  
23 allem im urbanen Raum von staatlichen Eingriffen profitiert, ist ebenso aus  
24 liberaler Sicht nicht vertretbar. Nicht notwendige Verbote für  
25 Fußgänger\_innen bei der freien Nutzung des öffentlichen Raumes sind  
26 schleunigst zu beseitigen.

27 Aus diesen Gründen setzen sich JUNOS - junge liberale NEOS für eine Reform des  
28 § 76 StVO, welche die Möglichkeit der ungehinderten Straßenüberquerung nach  
29 eigener Risikoabschätzung sowohl bei roter Ampel als auch bei mangelnder  
30 vorgegebener Überquerungsgelegenheit veranlasst. Lediglich auf Autobahnen soll  
31 die freie Überquerung untersagt bleiben.



Antragsteller:innen: Sophie Hrneck, Silvio Junger

**Der Bundeskongress möge beschließen:**

## EIN FREIES EUROPA FÜR ALLE

1 Situiert zwischen Russland, der Ukraine, Polen, Litauen und Lettland im Osten  
2 Europas liegt der Binnenstaat Belarus, welcher 1991 zur Republik ausgerufen  
3 wurde, aber seit 1994 von einem Mann, Alexander Lukaschenko, regiert wird. Heute  
4 gilt das System des Präsidenten als Autokratie mit eindeutigen Einschränkungen  
5 liberaler und demokratischer Grundrechte. Das harte Vorgehen Lukaschenkos gegen  
6 Kritiker des Regimes und die Opposition zeigt den mangelnden Respekt vor  
7 rechtsstaatlichen Grundrechten sowie demokratischen Werten, ersichtlich an der  
8 Wiedereinführung der Todesstrafe bei Hochverrat<sup>3</sup>. Auch die prorussische  
9 Orientierung und die starke Unterstützung des russischen Angriffskrieges in der  
10 Ukraine zeigen klar die Ausrichtung der Diktatur<sup>1</sup>.

11 Als Resultat der manipulierten Wahlen des 9. Augusts 2020 begann eine noch  
12 stärkere Unterdrückung der Oppositionellen, die ca. eine halbe Million  
13 Belarus:innen zur Flucht gezwungen hat. Egal ob sie Migrant:innen, Diaspora oder  
14 Flüchtlinge sind, stehen die im Ausland lebenden Belarus:innen vor einer  
15 gemeinsamen Herausforderung, die sich aus dem Grund ergibt, warum sie ihr Land  
16 verlassen haben. Wie Bürgerrechtlerin und Oppositionskandidatin Zichanouskaja  
17 vor dem EU-Parlament 2023 gesagt hat: „Europe is where we come from. And it’s  
18 where we are headed.”<sup>2</sup>.

19 Die meisten von diesen 500.000 Belarus:innen in Europa können nicht sicher nach  
20 Belarus reisen. Seit diesem September ist es jedoch nicht mehr möglich, einen  
21 Reisepass im Ausland zu erneuern. Das bedeutet, sie müssen nach Belarus  
22 zurückkehren, um diesen zu erlangen, was den rechtlichen Status von

23 Hunderttausenden Belarus:innen, Europäer:innen, gefährdet. Polen, Lettland und  
24 Litauen stellen bereits lebensrettende Visa und Reisegenehmigungen aus, um  
25 fliehenden Belarus:innen zu helfen<sup>2</sup>.

26 Die demokratische Bewegung in Belarus arbeitet seitdem daran, nationale  
27 belarusische Pässe auszustellen. Dieses Dokument soll so als Reisedokument und  
28 Bestätigung der Staatsbürgerschaft dienen, für Belarus:innen, die im Exil leben.  
29 Als Beispiel werden die baltischen Staaten herangezogen, die während der  
30 sowjetischen Besatzung ihre Pässe im Exil ausgestellt haben<sup>2</sup>. Für Belarus als  
31 europäisches Land soll hier Unterstützung von EU-Ländern kommen, die diese  
32 Dokumente anerkennen um es belarusischen Staatsbürger:innen zu ermöglichen, frei  
33 in Europa leben zu können.

34 Wir JUNOS – Junge liberale NEOS begrüßen die Initiative der Ausstellung von  
35 Pässen der demokratischen Bewegung in Belarus und fordern die Anerkennung dieser  
36 innerhalb der EU.

37 Lukaschenko muss zur Rechenschaft gezogen werden und die belarusischen  
38 Flüchtlinge müssen eine Chance bekommen, ebenfalls als freie Europäer:innen  
39 leben zu dürfen. Die Einschränkung der liberalen und demokratischen Grundrechte  
40 erachten wir JUNOS – Junge liberale NEOS als verheerend und unterstützen die  
41 europäische Aussicht Belarus'. Kurzfristig wird das den Geflüchteten helfen, ihr  
42 Leben im Exil, ohne rechtliche Gefährdung, zu leben. Langfristig soll das einer  
43 Demokratisierung des Landes helfen als auch einer Integration Belarus' in die  
44 Europäische Union unter anderem durch einen erleichterten Zugang zum  
45 Arbeitsmarkt wie bei Ukrainischen Geflüchteten.

46 <sup>1</sup> <https://osteuropa.lpb-bw.de/belarus-demokratie-rechtsstaatlichkeit>

47 <sup>2</sup> <https://tsikhanouskaya.org/en/events/news/d0dda672878e974.html>

48 <sup>3</sup> Auslegung ist Sache der Gerichte: Belarus führt Todesstrafe bei Hochverrat ein  
49 - n-tv.de